

A stylized map of the African continent composed of a grid of grey dots. Several dots are highlighted in red, indicating specific countries or regions.

Ghana – Musterschüler der Demokratie in Afrika?

FRITZ KOPSIEKER
Juni 2018

- Ghana wird aktuell wegen seiner stabilen Demokratie und seiner investitionsfreundlichen Politik hoch gelobt. Doch dieser Hype basiert auf einer oberflächlichen Betrachtung: Etablierte »Sünden« bei der Regierungsführung – wie das Aufblähen des Regierungsapparats und die flächendeckende Umbesetzung lukrativer Posten – wiederholen sich auch nach dem letzten friedlichen Machtwechsel Anfang 2017.
- Aktuell fehlt es beiden großen Parteien an überzeugenden Konzepten – für die Erreichung der Sustainable Development Goals (SDGs) und vor allem für die Korrektur großer sozialer Disparitäten über die Schaffung eines breitenwirksamen Wirtschaftswachstums. Aber auch der Kampf gegen die Korruption kommt nicht recht voran.
- Gesellschaft und Politik sind tief in zwei Lager gespalten. Das Demokratieverständnis scheint sich in breiten Teilen der Bevölkerung darauf zu beschränken, im periodischen Wechsel eine der beiden großen Parteien an die Macht zu bringen und das Plündern staatlicher Ressourcen durch deren Anhänger_innen zu ermöglichen. Beide Parteien unterhalten zudem *Vigilante Groups* und distanzieren sich aktuell nicht ausreichend von der Anwendung von Gewalt, um politische Interessen durchzusetzen. Unter diesen Umständen kann es zukünftig durchaus zu einer gesellschaftlichen Spaltung und weiteren Polarisierung kommen.
- Auch wenn sich in Ghana günstige Voraussetzungen für eine stabile Demokratie finden lassen, zeigt sich, dass es noch viel zu tun gibt, um die nachhaltige und stabile Verankerung der Demokratie in der Gesellschaft sicherzustellen.

Nicht alles, was glänzt, ist Gold

Ghana gilt seit geraumer Zeit als Musterschüler in Sachen Demokratie in Afrika. Zuletzt fanden im Dezember 2016 gut organisierte Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt, die zum dritten Mal seit Ende der Militärherrschaft im Jahr 1992 einen friedlichen Regierungswechsel herbeiführten. In den einschlägigen Demokratieindizes belegt Ghana jeweils einen der vorderen Plätze unter den afrikanischen Staaten. Allerdings weist der Ibrahim Index of African Governance der letzten Jahre auf eine sich verschlechternde Situation im Land hin. Problematisch ist auch die scharfe Zweiteilung des Parteiensystems des Landes. Seit der Wiedereinführung der Demokratie wechseln sich alle acht Jahre lediglich die zwei großen Parteien an der Macht ab.

Einige grundlegende gesellschaftliche Voraussetzungen scheinen in Ghana allerdings zu stimmen. So spielen Spannungen zwischen verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppierungen gegenwärtig in Politik und Gesellschaft kaum eine Rolle. Besonders das Zusammenleben von Muslim_innen und Christ_innen, das in anderen westafrikanischen Ländern vielfach spannungsreich ist, scheint bemerkenswert problemlos zu funktionieren. Und so wird Ghana nicht selten als Hoffnungsträger Afrikas und als Vorbild für andere Staaten gepriesen. Nicht zuletzt vermarktet die Regierung das Land aufgrund seiner Stabilität als besonders attraktiven Zielort für ausländische Investitionen, um die wirtschaftliche Entwicklung voranzubringen.

»Ghana is a haven of peace, security and stability, a country where the principles of democratic accountability are now firmly entrenched in its body politic and where the separation of powers is real to promote accountable governance.« (Präsident Akufo-Addo, Rede beim zweiten UK-Ghana Investment Summit am 17.4.2018, in: *Daily Graphic*, 18.4.2018, S. 3).

Angesichts dieses umfassenden (Eigen-)Lobs ist es angezeigt, einen genaueren Blick auf die Demokratie und den Rechtsstaat in Ghana zu werfen, um ein differenzierteres Bild zu zeichnen. Besonders den institutionellen und soziokulturellen Grundlagen soll spezielles Augenmerk gewidmet werden. Dabei gilt es, den Höhenflug der überschwänglichen Begeisterung etwas abzubremsen, um eine harte Landung zu vermeiden. Erinnerung sei hier beispielsweise an die Erfahrungen in Kenia unter dem

Präsidenten Mwai Kibaki: Nach den allgemeinen Wahlen im Dezember 2007 zeigte hier die bis dahin vom Ausland hoch geschätzte politische Führung des Landes plötzlich kein nennenswertes Interesse mehr am inneren Frieden und an nationaler Versöhnung – und das mit verheerenden Folgen.

Durchwachsene Bilanz seit dem Regierungswechsel

Die neue Regierung Ghanas versucht seit Amtsantritt vor allem die Wirtschaft zu beleben und das Land als exquisites Investitionsstandort international zu vermarkten. Neben einer klassischen makroökonomischen Konsolidierung wird angeblich alles getan, um die bestmöglichen Bedingungen für Investoren zu schaffen (»Making Ghana the most investment friendly destination in Africa«). So geben sich die ausländischen Wirtschaftsdelegationen in Ghana die Klinke in die Hand. Dabei fehlen weiterführende Schritte, um zu gewährleisten, dass die ins Land kommenden Gelder zur Steigerung des allgemeinen Wohlstands führen. Ob tatsächlich Arbeitsplätze geschaffen werden, die von Bestand sind und die den Kriterien von *Decent Work* und ökologischer Nachhaltigkeit entsprechen, ist völlig offen. Die guten Wirtschaftsdaten sind derzeit weitgehend auf den expandierenden Öl- und Gassektor zurückzuführen.

Auch bei den Ausgaben für sozial relevante Bereiche ist die bisherige Bilanz der neuen Regierung durchwachsen. Das Vorzeigeprogramm im Bildungsbereich, die Free Senior High School Education, ist ein guter und richtiger Schritt, um das staatliche Bildungsangebot entscheidend zu verbessern. Gleichwohl scheint dieses Programm voreilig auf den Weg gebracht worden zu sein. An vielen Schulen herrscht erheblicher Mangel, und die oft schlechte Qualität von Lehrplänen und Unterricht wird bisher nicht verbessert. Dabei sind zehntausende Lehrer_innen arbeitslos, und diejenigen, die eine Anstellung haben, mussten sich jüngst mühsam die Zahlung ihres Gehalts durch Streiks erkämpfen, dessen Zahlung für mehrere Monate ausgeblieben war.

Die bestehenden sozialstaatlichen Programme, für die Ghana immer wieder gelobt wird, sind ebenso deutlich unterfinanziert. Das Rentenversicherungssystem droht zu kollabieren, weil zentrale Berufsgruppen von einer Beitragspflicht ausgenommen sind.

»Ghana has many admirable (social) programmes, but no discernible plans for funding many of them adequately. As a result, a large number of Ghanaians do not enjoy their basic economic and social human rights and the prospects of meeting many of the SDGs are not encouraging.« (Philip Alston, UN Special Rapporteur on Extreme Poverty and Human Rights, in: *Daily Graphic*, 20.4.2018, S. 44).

Hinzu kommt, dass Transferzahlungen an Bedürftige meist entlang der bestehenden parteipolitischen Demarkationslinie vorgenommen werden. Zu Zeiten der Regierung des National Democratic Congress (NDC) – bis 2016 Regierungspartei und seitdem größte Oppositionspartei – profitierten hauptsächlich NDC-Parteigänger_innen und -Sympathisant_innen. Aktuell zeichnet sich eine analoge Entwicklung unter der Regierung der New Patriotic Party (NPP) ab.

Die nach wie vor weit verbreitete absolute Armut im Land wird so nur sehr selektiv gemildert, während soziale Ungleichheit und politische Polarisierung zunehmen. Vor diesem Hintergrund ist es fraglich, wie es um die langfristige Stabilität einer Demokratie steht, wenn sich die soziale Schere in der Gesellschaft immer weiter auf tut und vor allem die politische Elite von der Entwicklung profitiert.

»The benefits of record levels of economic growth experienced over the past decade have gone overwhelmingly to the wealthy, and inequality is higher than it has ever been in Ghana.« (Philip Alston, UN Special Rapporteur on Extreme Poverty and Human Rights, in: <https://www.ghanaweb.com/GhanaHomePage/NewsArchive/Ghana-s-policies-enrich-the-wealthy-UN-644424>, 19.4.2018).

Seit dem letzten Regierungswechsel haben zwei für Recht und Stabilität wichtige Institutionen des Landes Schlagzeilen gemacht. Kurz nach der Wahl wurde von einer Gruppe anonym gebliebener Angestellter der Nationalen Wahlkommission eine Petition gegen die Vorsitzende der Kommission beim Präsidenten eingereicht. Darin ging es um Unregelmäßigkeiten bei Beschaffungsvorhaben und allgemeines Missmanagement. Der Präsident hat den Vorgang ordnungsgemäß an das Oberste Gericht zur Anhörung und Entscheidung übergeben. Die Vorsitzende der Wahlkommission hat ihrerseits eine Petition gegen einige ihrer Kommissions-Kolleg_innen eingereicht. Bis dato ist unklar, was genau hinter der Ini-

tiative gegen die Vorsitzende steckt. Allgemein wird vermutet, dass es sich um ein Bestreben der NPP-Regierung handelt, die noch durch den NDC-Präsidenten ernannte Vorsitzende aus dem Amt zu drängen. Und dies, obwohl sie im Zuge der letzten Wahlen ohne Umschweife die damals oppositionelle NPP und ihren Kandidaten Akufo-Addo zum Sieger erklärt hatte. Die weit verbreiteten parteipolitischen Beißreflexe scheinen einer angemessenen Würdigung von Kompetenz und Amtsführung in dieser für eine Demokratie zentralen Institution im Wege zu stehen. Es ist zumindest fraglich, ob ein solcher Ansatz Element einer vorbildlichen Demokratie sein kann.

Präsident Akufo-Addo hat ein Wahlversprechen eingelöst und einen sogenannten *Special Prosecutor* ernannt, der die Korruption unter Angehörigen der politischen Führung und des öffentlichen Dienstes bekämpfen soll. In einem klugen Schachzug wurde Martin Amidu für dieses Amt nominiert, ein angesehener ehemaliger stellvertretender Generalstaatsanwalt und Vizepräsidentenschaftskandidat des oppositionellen NDC. Amidu hatte allerdings die letzte NDC-Regierung unter Präsident Mahama zum Teil scharf wegen Unregelmäßigkeiten und Amtsmissbrauchs angegriffen und so wurde seine Ernennung auch in NDC-Kreisen heftig kritisiert. Die Etablierung des Büros des *Special Prosecutors* geht derzeit nur in kleinen Schritten voran. Gleichzeitig hat ein NDC-naher Anwalt ein Gerichtsverfahren angestrengt, welches zum Ziel hat, die Ernennung von Amidu für nichtig zu erklären, weil er das gesetzlich vorgeschriebene Höchstalter für Angehörige des öffentlichen Dienstes überschritten hat. Ein Schritt, der ein zügiges Fortschreiten des Kampfes gegen Korruption verhindern wird und der ein Indiz dafür ist, dass Ghanas größte Oppositionspartei derzeit kein gesteigertes Interesse an einer Bekämpfung der unter Amts- und Mandatsträger_innen verbreiteten Korruption hat.

Keine Abkehr von etablierten und schädlichen Praktiken

Die NPP-Regierung war mit dem Versprechen angetreten, der Vetternwirtschaft und dem Machtmissbrauch durch die politische Führung des Landes ein Ende zu setzen. Die erste Enttäuschung folgte, als Präsident Akufo-Addo ein stark aufgeblähtes Kabinett von insgesamt 110 Minister_innen ernannte (unter Vorgänger John Mahama waren es noch 84). Hier ist allerdings ein-

schränkend zu erwähnen, dass das Kabinett in Ghana einen größeren Personenkreis umfasst als in Deutschland. In Ghana gehören dazu die *Deputy Ministers* und *Ministers of State* (die Pendanten zum/zur deutschen Staatssekretär_in), sowie die *Regional Ministers* (die Vertreter_innen des Präsidenten in den zehn Regionen des Landes). Dennoch ist dieser Aufwuchs von gut 30 Prozent bemerkenswert.

Im April 2018 folgte dann die nächste Ernüchterung, als bekannt wurde, dass auch die Zahl der Beschäftigten im Präsidentsamt auf 998 Personen angewachsen war (768 unter Mahama) – wiederum ein Zuwachs von knapp 30 Prozent. Außerdem wird berichtet, dass in zahlreichen Ministerien sogenannte *Special Assistants* von der politischen Führung ernannt wurden, die teilweise die Arbeit der regulären Beamt_innen übernehmen. Hier wird offensichtlich auf verschiedenen Wegen NPP-Anhänger_innen Einkommen und Einfluss verschafft.

Auch unter der NPP-Regierung wurde die gängige Praxis in Ghana fortgesetzt, zahlreiche Aufsichts- und Leitungsgremien (*Boards of Directors*) von öffentlichen und halb-öffentlichen Institutionen neu zu besetzen. Da auch hier parteipolitische Nähe das Hauptauswahlkriterium für die oft lukrativen Posten bildet, entstehen wirtschaftliche und gesellschaftliche Schäden durch Inkompetenz und den Verlust von Erfahrung und institutionellem Gedächtnis. Vetternwirtschaft und Korruption werden durch diese Praxis ebenfalls zahlreiche Einfallstore geöffnet.

Außerdem macht sich in Ghana neben der engen Verknüpfung von Exekutive und Legislative ein weiterer Konstruktionsfehler im System der Gewaltenteilung bemerkbar. Die Justizministerin ist als Mitglied des Kabinetts gleichzeitig Generalstaatsanwältin. Mit diesem Arrangement lassen sich politisch nicht opportune Gerichtsverfahren effektiv vermeiden, weil es einfach nicht zu einer Anklage kommt. In diesem Zusammenhang geben auch die – häufig parteipolitisch ausgerichteten – Massenmedien des Landes kein vorteilhaftes Bild ab. Zwar greifen sie Missbrauchsfälle häufig zunächst bereitwillig auf, scheinen dann aber nach wenigen Tagen das Interesse zu verlieren. Ein spürbarer Druck auf die Politik durch die öffentliche bzw. veröffentlichte Meinung findet kaum statt.

Anlass zu großer Sorge um den Erhalt der demokratischen Ordnung im Land bereiten auch die Aktivitäten der sogenannten *Vigilante Groups*, Gruppen muskulö-

ser junger Männer, die jenseits von Recht und Ordnung über Androhung oder Ausübung körperlicher Gewalt Interessen durchsetzen. Beiden politischen Parteien wird glaubhaft nachgesagt, solche Gruppen zu unterhalten und sich ihre Dienste zunutze zu machen. Damit wird von beiden Lagern ein Potenzial vorgehalten, welches Gewalt und Chaos verbreiten und zum Einsatz kommen kann, wann immer sich die jeweilige Partei einen Vorteil davon verspricht. Die Sicherheitskräfte und teilweise sogar die Gerichte des Landes zeigen gegenüber den *Vigilante Groups* der jeweiligen Regierungspartei auffällig große Toleranz. Weder die NPP noch der NDC haben sich eindeutig von dieser Praxis distanziert. Sie können damit im Prinzip nicht als demokratische Parteien gelten, weil sie die Anwendung von Gewalt nicht eindeutig ablehnen, sondern sich diese Option offenhalten.

Schlechter Zustand der Opposition(-spartei)

Eine lebendige Demokratie lebt auch und vor allem durch eine effektive Opposition. In Ghana fällt diese Aufgabe dem NDC zu, da neben NPP und NDC keine weiteren Parteien über Sitze im nationalen Parlament verfügen und die kleineren Parteien entsprechend derzeit nur eine marginale politische Rolle spielen.

Abgesehen von einigen Vorstößen der NDC-Fraktion im nationalen Parlament ist es der Partei nach der krachenden Wahlniederlage Ende 2016 bisher nicht gelungen, sich als glaubwürdige und schlagkräftige politische Kraft neu zu formieren. Die Details des Berichts einer partei-internen Untersuchungskommission zu den Ursachen der Wahlniederlage werden von der Führung unter Verschluss gehalten. Empfehlungen zur Verbesserung der Situation können so nicht breiter diskutiert und umgesetzt werden.

Vor allem der weit verbreitete und stark parteischädigende Einsatz von Mitarbeiter_innen des Präsidentsamtes im letzten Wahlkampf kann so nicht offen aufgearbeitet und in Zukunft vermieden werden. Zahlreiche Mitarbeiter_innen des damaligen Präsidenten John Mahama hatten bei der Verteilung von Wahlkampfmitteln aus individuellem Profitstreben heraus etablierte Parteistrukturen umgangen und so langjährige und engagierte Wahlkämpfer_innen und Anhänger_innen der Partei gegen sich aufgebracht. Die vor allem durch diese Praxis entstandenen Konflikte und Spaltungen in den Regionalorganisationen und Wahlkreisen sind häufig bis dato nicht aufgearbeitet wor-

den. Stattdessen wird Mahama von fast allen Abgeordneten des NDC sowie von allen Vorsitzenden der zehn Regionen des Landes erneut als Präsidentschaftskandidat für die nächsten allgemeinen Wahlen im Jahr 2020 favorisiert und hofiert. Mahama selbst hat bisher kaum Einsicht in sein Fehlverhalten gezeigt. Er finanziert vor allem sogenannte *Unity Walks*, auf denen sich Parteimitglieder eines oberflächlichen Zusammengehörigkeitsgefühls vergewissern können, ohne die Ursachen für die zahlreichen internen Konflikte angehen zu müssen.

Den zentralen Grund für dieses Defizit bildet die prekäre Finanzlage der Partei. Nach acht Jahren an der Regierungsmacht fielen in der Parteizentrale bereits wenige Wochen nach der Wahlniederlage die Strom- und Wasserversorgung aus, weil die entsprechenden Rechnungen nicht bezahlt werden konnten. Zur Finanzierung jeglicher Aktivitäten – etwa zur Abhaltung der Kurse der 2017 neu entstandenen Parteischule – und auch zur Zahlung der bescheidenen Gehälter der Angestellten des Parteisekretariats bedarf es privater *Well Wishers*. Und hier tut sich seit einiger Zeit eben besonders John Mahama hervor. So ist es kaum verwunderlich, dass die personelle und konzeptionelle Erneuerung auf allen Ebenen der Partei nicht vorankommt.

Von diesen Entwicklungen sind auch die parteiinternen Wahlen betroffen, die seit März 2018, ausgehend von den *Branches* (Ortsvereinen), auf allen Ebenen stattfinden (sollen). Die amtierende Mahama-treue Funktionärs-garde ist bemüht, ihre Ämter zu verteidigen, um sich bei einer künftigen Übernahme der Regierungsmacht in einer günstigen Position für ihre individuelle Bereicherung zu halten. So kommt es immer wieder zu internen Regelverstößen und Manipulationen, die eine personelle Erneuerung verhindern und diskreditierten Amtsträger_innen weiterhin ihre Pfründe sichern.

Auch inhaltlich ist keine fundierte und systematische Oppositionsarbeit zu erkennen. Die NDC-Fraktion im nationalen Parlament greift zwar zumeist fundiert einzelne Initiativen der NPP-Regierung an, ohne jedoch dadurch dem politischen Gegner wirklich zu schaden oder selbst einen nachhaltigen Imagegewinn verzeichnen zu können. Alternative Ansätze oder eigene Vorschläge zur Lösung der Probleme des Landes liefert der NDC derzeit nicht.

Immer wieder kommt es auch zu eher kruden Attacken auf die Regierung aus der NDC-Parteioorganisation he-

raus. Dabei wird weder vor tribalistischen Untertönen zurückgeschreckt noch vor dem Versuch, dem Präsidenten mit dem Vorwurf zu schaden, er trete für die Legalisierung von Homosexualität ein. Ein Kommunikationsmanagement nach innen und außen, einschließlich klar Verantwortlicher, eindeutiger Botschaften und effektiver Kanäle, fehlt derzeit komplett.

Allgemein macht sich ein Führungsdefizit bemerkbar, welches auch der Parteisatzung zugeschrieben werden muss. So ist der erste satzungsgemäße Parteitag seit der Wahlniederlage Ende 2016, auf dem auch eine neue nationale Führung und ein_e Präsidentschaftskandidat_in gewählt werden sollen, erst Ende dieses Jahres fällig. Die derzeit noch amtierende Führung scheint sich schon seit geraumer Zeit selbst als auslaufendes Modell zu begreifen und ist kaum noch aktiv. Lediglich die Wiederwahl des Generalsekretärs Asiedu Nketia gilt derzeit als wahrscheinlich.

Hinzu kommt der Effekt der Spaltung der ghanaischen Gesellschaft in zwei große politische Lager. Seit der Wiedereinführung von allgemeinen Wahlen im Jahr 1992 haben die ghanaischen Wähler_innen mit ausgleichender Gerechtigkeit alle acht Jahre für einen Wechsel der Regierungsverantwortung gesorgt. Entsprechend lehnen sich nun viele NDC-Mitglieder und -funktionäre gelassen zurück und warten einfach ab. Spätestens im Jahr 2024 kehre man ja automatisch an die Regierung zurück. Ernsthafter politischer Arbeit bedarf es da wohl nicht.

Problematische gesellschaftliche Grundlagen

Die gesellschaftliche Wirklichkeit in Ghana in Bezug auf die Verankerung der Demokratie weist einige signifikante Probleme und Widersprüche auf. Ein grundlegender Faktor scheint die Art und Weise zu sein, wie die ghanaische Gesellschaft mit Toleranz umgeht. Während Großzügigkeit und Nachsichtigkeit im Zusammenleben verschiedener ethnischer und religiöser Gruppen eine sehr positive Wirkung entfalten, ist Toleranz gegenüber korrupten Politiker_innen und Beamten_innen fehl am Platze.

Zumindest lässt sich dieser Eindruck vor dem Hintergrund gewinnen, dass zahlreiche Gesetze nicht umgesetzt bzw. nicht nachgehalten werden, so etwa die

Vorschrift für Beamt_innen und staatliche Angestellte, ab einer bestimmten Einkommensgrenze ihre Vermögenslage und ihre geschäftlichen Interessen offenlegen zu müssen. Auch offen zutage tretendes Fehlverhalten, angefangen bei Verstößen im Straßenverkehr über Vetter- und Misswirtschaft bis hin zu Betrug und Diebstahl auf Kosten öffentlicher Finanzen, wird bei politisch vernetzten Personen durch die zuständigen Behörden fast nie geahndet und die Verstöße werden von der breiten Allgemeinheit toleriert. So scheint es immer noch wesentlich wahrscheinlicher zu sein, für den Diebstahl einer Ziege jahrelang ins Gefängnis zu kommen, als für die Veruntreuung öffentlicher Mittel bestraft zu werden.

Augenscheinlich schrecken signifikante Teile der ghanaischen Gesellschaft davor zurück, sich bestimmten Konflikten zu stellen, deren Bearbeitung für die Vertiefung und Weiterentwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Lande zentral ist. Man verlässt sich lieber auf den Mechanismus »Acht Jahre bereichern sich die einen und dann acht Jahre die anderen«. Ein eher ungewöhnliches Gerechtigkeitsempfinden für einen demokratischen Rechtsstaat.

Ein breites Verständnis in der Bevölkerung für die Rolle und Funktionsweise des modernen Staates scheint häufig zu fehlen oder eher theoretischer Natur zu sein. Auf individueller Ebene gibt es einen weit verbreiteten Reflex weg vom Kollektiv und hin zur persönlichen Bereicherung. Der unmittelbare persönliche Vorteil spielt bei der Motivation und Steuerung individuellen Verhaltens eine extrem dominante Rolle. Die gelebte Einsicht in die Notwendigkeit korrekt funktionierender Institutionen und in übergeordnetes gemeinschaftsdienliches Verhalten ist dagegen kaum anzutreffen. Das in weiten Teilen durch eine achtlose Müllentsorgung völlig verdreckte Land ist ein Indikator für diese Einstellung.

Jahrzehnte der vorbildlichen Befolgung des neoliberalen Credos (Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung) durch verschiedene ghanaische Regierungen haben deutliche Spuren in der Kultur des Landes hinterlassen und Breitenwirkung entfaltet. Es zählt der unmittelbare persönliche Vorteil, wenn es um konkretes Handeln geht. Auf einem solchen Boden kann kein echtes Gemeinwesen wachsen. So ist oft die Meinung anzutreffen, dass Politik nichts mit Entwicklung zu tun habe. Entwicklung findet nach dieser Auffassung eher über Initiativen traditioneller Autoritäten statt, während Politik die Be-

reicherung des sich jeweils an der Macht befindlichen politischen Lagers darstellt. Eine optimale Grundlage für gesellschaftlichen Fortschritt stellt ein solch geringes Vertrauen in die Politik nicht dar.

Aus dieser weit verbreiteten Haltung ergibt sich eine äußerst problematische Einstellung gegenüber zentralen Institutionen einer Demokratie. Bürger_innen in Ghana treten nur sehr selten Parteien bei, weil sie deren Programme oder Grundwerte befürworten und unterstützen wollen. Wenn sie Mitglied einer Partei werden, dann häufig aufgrund ihres familiären Hintergrunds oder der regionalen Herkunft. Später motiviert sie vielfach ein Einkommensinteresse, die Mitgliedschaft aufrechtzuerhalten. Es gilt in der ghanaischen Gesellschaft als völlig selbstverständlich, dass man Mitglied einer Partei ist »in order to benefit«, also um hiervon zu profitieren. Und dieses »profitieren« wird rein materiell interpretiert.

Allgemeine Wahlen bekommen auf diese Weise eine sehr besondere Konnotation. »*Elections are about what I get*« ist das Leitmotiv der Masse der Wähler_innen. Entsprechend gilt für die Regierungsarbeit einer Partei das Prinzip des »*Loot and Share*« (Plündere und Verteile). Es wird versucht, möglichst umfassend staatliche Ressourcen in das eigene politische Lager zu leiten und sich auf diese Weise Unterstützung zu sichern. Ein Vergleich mit dem aus Südafrika bekannten *State Capture* ist durchaus angebracht. Allerdings ist die Schicht der Profiteure in Ghana vermutlich breiter und über den Mechanismus der allgemeinen Wahlen wird bisher alle acht Jahre für einen Wechsel der nutznießenden Gruppierung gesorgt. Ob dieser Mechanismus langfristig die Stabilität in Afrikas Vorzeigedemokratie sichern kann, muss bezweifelt werden.

Es bleibt noch einiges zu tun

Die hier dargestellte Situation deutet darauf hin, dass die Demokratie in Ghana ernsthafte Defizite aufweist, was ihre Verankerung in formalen und informellen gesellschaftlichen Institutionen und in der handlungsleitenden Kultur betrifft. Zwar hat Ghana einige wichtige Merkmale und Voraussetzungen für eine stabile Demokratie, auch sollten vor allem das regelmäßige Abhalten freier Wahlen und das Respektieren des jeweiligen Ergebnisses nicht gering geschätzt werden. Allerdings liegen noch große Aufgaben vor der ghanaischen Gesellschaft, die

es zu bewältigen gilt. Anlass zur Sorge geben vor allem die Vermeidung von für die Durchsetzung des Rechtsstaats notwendiger Konflikte, die auf den kurzfristigen individuellen Vorteil anstatt auf das Gemeinwohl ausgerichtete Grundhaltung vieler Bürger_innen sowie die äußerst zugespitzte Bipolarität des politischen Systems. Von einer Durchdringung der ghanaischen Gesellschaft mit demokratischen Werten kann vor diesem Hintergrund keine Rede sein.

Die politischen Parteien sind Mittel zum Erwerb von Macht und dem damit verbundenen Zugang zu Posten und staatlichen Ressourcen für jeweils ein großes Lager von Mitgliedern und Sympathisant_innen, ohne dass damit eine ernstzunehmende Programmatik oder Ideologie verbunden wäre. Darüber hinaus fehlt es den Parteien vor allem an einer finanziellen Basis, die es ermöglichen würde, jenseits der Einflussnahme reicher Gönner_innen sozioökonomische Zielvorstellungen zu entwickeln und umzusetzen. »Angebot und Nachfrage« in der politischen Kultur des Landes sind fixiert auf den unmittelbaren materiellen Zugewinn. Ein wichtiger Ansatzpunkt könnte hier ein transparentes und faires System der öffentlichen Parteienfinanzierung darstellen, das die Abhängigkeit politischer Parteien von finanzkräftigen »Sponsoren« und die Einflussnahme ökonomischer Interessen reduzieren würde.

In Gesprächen trifft man zwar häufig auf sehr positive und überzeugende, jedoch eher theoretische Analysen und Kommentare bezüglich des Status der Demokratie im Land. Angesichts der gesellschaftlichen Realität ist man daher an das Orwell'sche *Doublethink* erinnert, das ein paralleles Denken und Handeln von Individuen in sich eigentlich gegenseitig ausschließenden Lebenswirklichkeiten beschreibt. Die de facto zu beobachtenden Verhaltensweisen charakterisieren eher eine an der institutionellen Oberfläche angesiedelte demokratische Ordnung. Gesellschaftliche Entwicklung wird proklamiert und individueller Materialismus wird gelebt. Eine Gesellschaft, die in weiten Teilen dem *Doublethink* zum

Opfer gefallen ist, stimmt skeptisch für die Zukunft. Und eine Demokratie ohne Demokrat_innen verdient den Namen nicht und überlebt nur so lange, wie es an einer Alternative, an breiter Akzeptanz oder Durchsetzungsfähigkeit fehlt.

Interessant könnte es werden, wenn in Abweichung vom bisherigen Acht-Jahres-Rhythmus die gegenwärtige Regierung entweder schon bei den nächsten Wahlen im Jahr 2020 abgewählt oder über die übernächsten Wahlen im Jahr 2024 hinaus im Amt bestätigt werden würde. Der gesellschaftliche und politische Stabilitätskonsens – acht Jahre bereichern sich die einen, acht Jahre die anderen – würde so auf die Probe gestellt werden. Zwar würde hierdurch der Frieden im Land wahrscheinlich nicht nachhaltig abhandenkommen, doch könnten die zu erwartenden Aktivitäten der *Vigilante Groups* und die Reaktionen zahlreicher, materiell enttäuschter Wähler_innen zu einem bösen Erwachen der ghanaischen Gesellschaft führen und offenlegen, wie tief die demokratischen Werte in der Gesellschaft tatsächlich verankert sind.

Angesichts dieses eher löchrigen Fundaments von Afrikas Vorzeigedemokratie stellt sich die Frage nach der Perspektive. Dabei gilt es, einen differenzierten Blick auf Staat und Gesellschaft in Ghana zu werfen, statt mit überzogener Begeisterung zur Zementierung bestehender Defizite beizutragen. Die Absicherung des wirtschaftlichen Fortschritts durch eine ernsthafte Bekämpfung sozialer Disparitäten wird in Zukunft eine wichtige Rolle spielen, auch um das politische Engagement von Bürger_innen von seiner materialistischen Motivation zu befreien. Die ernsthafte Befähigung zentraler Institutionen zu Bekämpfung der Korruption und eine Reform der Parteienfinanzierung sind ebenfalls zentrale Aufgaben. Der grundsätzlich milde und tolerante Blick vieler Ghanaer_innen auf ihr Land und ihre Gesellschaft steht zwar einer entschlossenen Eindämmung missbräuchlichen Verhaltens im Wege, bildet aber auch gleichzeitig eine gute Grundlage, um an den bestehenden Problemen konstruktiv und friedlich weiterzuarbeiten.



Literaturverzeichnis

Akufo-Addo, Nana Addo Dankwa (2018): Rede beim zweiten »UK-Ghana Investment Summit« am 17.4.2018, in: *Daily Graphic* (18.4.2018), S. 3.

Alston, Philip (2018): UN Special Rapporteur on Extreme Poverty and Human Rights, in: *Daily Graphic* (20.4.2018), S. 44.

Alston, Philip (2018): UN Special Rapporteur on Extreme Poverty and Human Rights, in: *GhanaWeb*, (19.4.2018); <https://www.ghanaweb.com/GhanaHomePage/NewsArchive/Ghana-s-policies-enrich-the-wealthy-UN-644424>.



Über den Autor

Fritz Kopsieker ist seit Mai 2015 der FES-Landesvertreter in Ghana. Zuvor hat er Auslandseinsätze in verschiedenen afrikanischen Ländern sowie in Papua-Neuguinea und Fidschi absolviert.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Afrika
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Manfred Öhm | Leiter, Referat Afrika

Tel.: +49-30-26935-7456 | Fax: +49-30-26935-9217
<http://www.fes.de/afrika>

Bestellungen/Kontakt:
Janine.Kaliga@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN
978-3-96250-150-1